

Antrag auf Einbürgerung von

Frau/Herrn Az.:

1. Einwilligung in die Erhebung meiner Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörde beim Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen

Ich bin damit einverstanden, dass sich die Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Voraussetzungen der von mir beantragten Einbürgerung vom Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen, die erforderlichen Daten übermitteln lässt. Die beteiligten Stellen entbinde ich insoweit vom Steuergeheimnis beziehungsweise vom Sozialgeheimnis. Die Einwilligung erstreckt sich auf die nachfolgenden, von der Staatsangehörigkeitsbehörde durch Ankreuzen gekennzeichneten Bereiche:

- die beim Sozialamt vorhandenen Daten über meinen Sozialhilfebezug sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Arbeitsamt vorhandenen Daten über meinen Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Finanzamt vorhandenen dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten,
- die beim Jugendamt vorhandenen Daten,
- die bei der Wohngeldstelle vorhandenen Daten über meinen Wohngeldbezug,
- die bei der für die Auszahlung der Ausbildungsförderung nach dem BAföG zuständigen Stelle vorhandenen Daten über meinen Bezug von Ausbildungsförderung.

Mir ist bekannt, dass eine abschließende Prüfung meines Einbürgerungsantrages ohne die Informationen dieser Stellen nicht möglich ist und ich die erforderlichen Unterlagen bei Verweigerung der Einwilligung selbst beizubringen habe.

Ort, Datum

Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

2. Einwilligung des Ehegatten in die Erhebung seiner Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörde beim Finanzamt, Jugendamt und bei den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen

Ich bin damit einverstanden, dass sich die Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Voraussetzungen der von meinem Ehegatten beantragten Einbürgerung vom Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen, die erforderlichen Daten übermitteln lässt. Die beteiligten Stellen entbinde ich insoweit vom Steuergeheimnis beziehungsweise vom Sozialgeheimnis. Die Einwilligung erstreckt sich auf die nachfolgenden, von der Staatsangehörigkeitsbehörde durch Ankreuzen gekennzeichneten Bereiche:

- die beim Sozialamt vorhandenen Daten über meinen Sozialhilfebezug sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Arbeitsamt vorhandenen Daten über meinen Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Finanzamt vorhandenen dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten,
- die beim Jugendamt vorhandenen Daten,
- die bei der Wohngeldstelle vorhandenen Daten über meinen Wohngeldbezug,
- die bei der für die Auszahlung der Ausbildungsförderung nach dem BAföG zuständigen Stelle vorhandenen Daten über meinen Bezug von Ausbildungsförderung.

Mir ist bekannt, dass eine abschließende Prüfung des Einbürgerungsantrages meines Ehegatten ohne die Informationen dieser Stellen nicht möglich ist und ich die erforderlichen Unterlagen bei Verweigerung der Einwilligung selbst beizubringen habe.

Ort, Datum

Unterschrift des Ehegatten des Einbürgerungsbewerbers